

Pros und Kontras der verschiedenen nachfrageseitigen Instrumente

	Effektivität Maß für die Stärkung der Nachfrage und für die Entsprechung der ausgelösten Wirkungen mit den politischen Zielsetzungen	Effizienz Maß für das Erreichen der politischen Zielsetzungen im Verhältnis zum administrativen Aufwand	Umsetzbarkeit Maß für die Wirksamkeit der Umsetzung und Überwachung im institutionellen und rechtlichen Kontext der EU	Fairness Maß für die Angemessenheit der Verteilung der Auswirkungen auf verschiedene Interessengruppen	Kohärenz Maß für die Anschlussfähigkeit an ähnliche politische Instrumente und an das erweiterte politische Umfeld der EU
Umweltorientierte öffentliche Beschaffung Einführung von Nachhaltigkeitsanforderungen für Stahl bei der Auftragsvergabe durch die öffentliche Hand	<ul style="list-style-type: none"> + Schaffung verlässlicher Absatzmärkte für grünen Stahl durch Leitmarktbildung + Stärkung der Vertrautheit mit neuen Anforderungen bei Lieferanten und Projektentwicklern - Typische Anwendungen der öffentlichen Beschaffung benötigen insbesondere Sekundärstahl, daher nur begrenztes Wirkungspotential für Primärstahl 	<ul style="list-style-type: none"> + Einführung im Grundsatz unproblematisch, da zunächst nur die öffentliche Hand handeln muss - Erhöhte Komplexität für öffentliche Auftraggeber und Bieter und möglicherweise zeitweise Beschränkung des Anbieterkreises bei Nutzung als Erstanwendungsbereich - Begrenzte Verfügbarkeit an geschultem Personal und Fachwissen zu spezifischen Beschaffungsthemen 	<ul style="list-style-type: none"> + Anschlussfähigkeit an frühere Erfahrungen und den institutionellen Rahmen der öffentlichen Beschaffung - Harmonisierungsbedarf der Verwaltungsstrukturen für Beschaffung bei regionalen und nationalen Behörden beeinflusst Umsetzbarkeit - Vorgaben setzen ausreichende Verfügbarkeiten von CO₂-armen Stahl voraus 	<ul style="list-style-type: none"> + Verursachungsgerechte Umlage der CO₂-Kosten auf die öffentliche Hand, wenn Mehrkosten weitergegeben werden - Steigende Beschaffungskosten beschränkt auf öffentliche Auftraggeber - Unterschiede in Mehrbelastungen durch unterschiedliche Haushaltsvoraussetzungen - Gefahr der Materialsubstitution bei einer rein auf Stahl ausgerichteten Umsetzung 	<ul style="list-style-type: none"> + Eingliederung der grünen Beschaffung in die allgemeine politische Landschaft der EU + Potenzielle Spillover-Effekte auf und Synergien mit Beschaffungsvorschriften im Bereich der Material- und Ressourceneffizienz
Quoten für grünen Stahl Einführung verpflichtender Mindestquote für grünen Stahl in Gütern	<ul style="list-style-type: none"> + Schaffung verlässlicher Marktnachfrage durch Mindestquoten - Wirksamkeit nur gegeben, wenn Quote über tatsächlichem Einsatzanteil von grünem Stahl liegt 	<ul style="list-style-type: none"> + Begrenzter öffentlicher Führungsaufwand, da Umsetzung und Nachweispflichten in der Privatwirtschaft - Hoher Verwaltungsaufwand und Kosten für Überwachung, Berichterstattung und Sanktionen 	<ul style="list-style-type: none"> + Produktübergreifende Festlegung der Quoten denkbar - Quotenziele setzen ausreichende Verfügbarkeiten von CO₂-armen Stahl voraus 	<ul style="list-style-type: none"> + Anpassungsmöglichkeit der Quoten an Angebot und Nachfrage nach CO₂-armen Stahl zur Optimierung zusätzlicher Mehrkosten + Verursachungsgerechte Umlage der CO₂-Kosten, wenn Mehrkosten an Konsumenten weitergegeben werden - Gefahr der Materialsubstitution bei einer rein auf Stahl ausgerichteten Umsetzung 	<ul style="list-style-type: none"> + Formale Anknüpfbarkeit an bestehende Mindestanforderungen
Produktbezogene CO₂-Obergrenze Einführung von Obergrenzen für den Kohlenstoffdioxidabdruck von Stahl in Gütern	<ul style="list-style-type: none"> + Schaffung verlässlicher Absatzmärkte für grünen Stahl durch Obergrenzen - Wirksamkeit nur gegeben, wenn Obergrenze über den tatsächlichen Einsatzanteilen von grünem Stahl liegt 	<ul style="list-style-type: none"> + Begrenzter öffentlicher Führungsaufwand, da Umsetzung und Nachweispflichten in der Privatwirtschaft - Hoher Verwaltungsaufwand und Kosten für Überwachung, Berichterstattung und Sanktionen - Einfache Umsetzbarkeit setzt Kenntnis der stahlbezogenen CO₂-Emissionen voraus 	<ul style="list-style-type: none"> + Direkte Steuerbarkeit der CO₂-Emissionen - Produktbezogene Kenntnis der CO₂-Emissionen bzw. der eingesetzten Stahlmengen erforderlich - Vorgaben setzen ausreichende Verfügbarkeiten von CO₂-armen Stahl voraus 	<ul style="list-style-type: none"> + Anpassungsmöglichkeit der Obergrenze an Angebot und Nachfrage für CO₂-armen Stahl zur Optimierung zusätzlicher Mehrkosten + Verursachungsgerechte Umlage der CO₂-Kosten, wenn Mehrkosten an Konsumenten weitergegeben werden - Gefahr der Materialsubstitution bei einer rein auf Stahl ausgerichteten Umsetzung 	<ul style="list-style-type: none"> + Formale Anknüpfbarkeit an bestehende Mindestanforderungen + Anknüpfungsfähigkeit an CO₂-Grenzausgleich durch auf Stahl zurückführbare Emissionen in importierten Endprodukten
CO₂-Aufpreis auf Endprodukte Einführung einer Abgabe für Endverbraucher, die sich am Kohlenstoffdioxidabdruck des in Gütern enthaltenen Stahls orientiert	<ul style="list-style-type: none"> - Zielerreichung nicht durch Mengenvorgaben gesichert, da freie Wahlmöglichkeit zwischen konventionellen und CO₂-armen Produkten - Schaffung von Absatzmärkten setzt Zahlungsbereitschaft der Konsumenten für grünen Stahl voraus 	<ul style="list-style-type: none"> + Begrenzter öffentlicher Führungsaufwand, da Umsetzung und Nachweispflichten in der Privatwirtschaft - Hoher Verwaltungsaufwand und Kosten für Überwachung, Berichterstattung und Sanktionen - Einfache Umsetzbarkeit setzt Kenntnis der stahlbezogenen CO₂-Emissionen voraus 	<ul style="list-style-type: none"> + Kein Eingriff in die Gestaltung eines Produktes an sich - Schwierigkeit der Festlegung wirksamer Preisniveaus im Sinne der Zielsetzung - Produktbezogene Kenntnis der CO₂-Emissionen bzw. der eingesetzten Stahlmengen erforderlich 	<ul style="list-style-type: none"> + Verursachungsgerechte Umlage der CO₂-Kosten, wenn Mehrkosten an Konsumenten weitergegeben werden + Konsumenten können Kaufentscheidungen und damit verbundene CO₂-Emissionen selbstständig bestimmen + Anpassungsmöglichkeit des Aufpreises an Angebot und Nachfrage für CO₂-armen Stahl zur Optimierung zusätzlicher Mehrkosten - Gefahr der Materialsubstitution bei einer rein auf Stahl ausgerichteten Umsetzung 	<ul style="list-style-type: none"> + Möglichkeit der Finanzierung anderer Instrumente (z. B. Kohlenstoff-Differenzkontrakte) - Problematische Beziehung zum Emissionshandel (potentielle Doppelbelastung)
CO₂-Kennzeichnung Einführung einer Kennzeichnung, die Verbraucher über die CO ₂ -Emissionen aus der Stahlwertschöpfungskette informiert	<ul style="list-style-type: none"> - Zielerreichung nicht durch Mengenvorgaben gesichert, da rein auf Informationsbereitstellung ausgerichtet - Wirksamkeit im B2B-Bereich setzt eine Berücksichtigung in betrieblichen Beschaffungsroutinen voraus 	<ul style="list-style-type: none"> + Begrenzter öffentlicher Führungsaufwand, da Umsetzung und Nachweispflichten in der Privatwirtschaft - Hoher Verwaltungsaufwand und Kosten für Überwachung, Berichterstattung und Sanktionen - Einfache Umsetzbarkeit setzt Kenntnis der stahlbezogenen CO₂-Emissionen voraus 	<ul style="list-style-type: none"> + Kein Eingriff in die Gestaltung eines Produktes an sich - Produktbezogene Kenntnis der CO₂-Emissionen bzw. der eingesetzten Stahlmengen erforderlich - Frage nach Wahrnehmung zusätzlicher Kennzeichnung angesichts bereits bestehender, vielfältiger Kennzeichnungen 	<ul style="list-style-type: none"> + Konsument kann Kaufentscheidungen und damit verbundene CO₂-Emissionen selbstständig bestimmen 	<ul style="list-style-type: none"> + Erforderliche Ermittlungsmethodik ist Voraussetzung bzw. Ergänzung zahlreicher Instrumente mit Bedarf einer CO₂-Nachverfolgung